

Verteilung von Wohlstand in der Schweiz: Zur Interpretation einer Studie

»Der Umverteilungsstaat kommt den untersten und den obersten Einkommen zugute, während der Mittelstand der Leidtragende ist«, so fasst die Neue Zürcher Zeitung vom 15.6.04 die Ecoplan-Studie¹ zusammen. Die Studie lässt sich jedoch auch als Beleg für die Zunahme der sozialen Ungleichheit interpretieren. Soziale Ungleichheit liegt vor, wenn Mitglieder einer Gesellschaft oder verschiedener Gesellschaften dauerhaft in unterschiedlichem Mass über notwendige oder begehrte Güter verfügen. Es geht dabei nicht um individuelle Unterschiede wie Grösse, Hautfarbe oder körperliche Kraft, sondern um die Verteilung von Wohlstand, Ansehen und Macht. Ecoplan (www.ecoplan.ch) analysiert im Auftrag der Eidgenössischen Steuerverwaltung die Verteilung des Wohlstands in der Schweiz. Als Grundlage dienen die Einkommens- und Vermögensverhältnisse in den Jahren 1990 bis 2001.

Wer nur das durchschnittliche Bruttoeinkommen der Haushalte betrachtet, stellt in den Jahren 1990 bis 2001 ein jährliches Wachstum von 0,6% fest. Bei den untersten und obersten 20% der Einkommen lag der Anstieg etwas höher, bei Teilen der Mittelschicht etwas tiefer. Ein anderes Bild zeigt die Entwicklung der verfügbaren Einkommen nach Abzug der Ausgaben für Versicherungen, Steuern, etc. Diese Einnahmen nahmen zwischen 1990 und 1999 bei den obersten 10% stark zu, bei den untersten 10% stark ab. Ein kleiner Aufwärtstrend zeichnete sich bei einzelnen niedrigen Einkommen nach dem Jahr 1999 ab. Die Einkommensverteilung (ohne Renten Haushalte) war aber auch im Jahr 2001 ungleicher als 1990.

Bei den Vermögen sind die Unterschiede noch viel ausgeprägter. Die obersten 20% vereinen über 85% der steuerlich erfassten Vermögen; der

Mittelstand verfügt über 15%. Der grosse Rest geht leer aus. 3% der privaten Steuerpflichtigen haben in der Schweiz gleich viel steuerbares Nettovermögen wie die übrigen 97%. Während beispielsweise im Kanton Basel-Stadt die durchschnittlichen steuerbaren Einkommen der veranlagten steu-

Ueli Mäder

ist ordentlicher Professor für Soziologie an der Universität Basel und an der Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit beider Basel. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die soziale Ungleichheit und die Konfliktforschung. Er leitet dazu mehrere Nationalfondsprojekte.

erpflichtigen Haushalte während den 1990er-Jahren von rund 42'000 Franken auf 48'000 Franken stiegen, erhöhte sich das (auf alle Haushalte umgelegte) steuerbare Durchschnittsvermögen von 83'000 Franken auf 198'000 Franken. Von den steigenden Vermögen profitierten aber nur etwa ein Viertel der Haushalte. Sie verfügten 1991 über 360'000 Franken, 1999 über 700'000. Rund drei Viertel der privaten Steuerpflichtigen haben kein steuerbares Nettovermögen.

Verfügbares Einkommen

Um die Entwicklung der Einkommen beurteilen zu können, sind die frei verfügbaren Einkommen relevant. Ihr Anteil am Bruttoeinkommen sank zwischen 1990 und 2001 von 59% auf 55%. Nach dem durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen² berechnet, stagnierten die absoluten Zahlen bei 36'000 Franken. Konkret reduzierten sie sich innerhalb von 11 Jahren trotz leicht steigendem Bruttoeinkommen um 579 Franken. Nur die 10% reichsten Erwerbshaushalte konnten ihr frei verfügbares Einkommen in diesem Zeitraum erhöhen. Trotzdem titelt Beat Kappeler in der NZZ vom 20.6.04: »Die Armen werden nicht immer noch ärmer«.

Beat Kappeler bezieht sich mit seiner Feststellung auf die untersten Löhne, die seit 1999 in einzelnen Branchen anstiegen. Im Gastgewerbe nahmen sie gemäss Gesamtarbeitsverträgen von 2400 Franken auf heute rund 3100 Franken zu. Im Detailhandel erhöhten sie sich um rund 11%. Das ist gewiss bemerkenswert. Aber die Zwangsabgaben haben, wie die Studie veranschaulicht, »die armen Haushalte stärker getroffen als die reichen«. Deutliche Einkommenseinbrüche zeigen sich auch in der Mittelschicht. Beat Kappeler bringt hier einen weiteren Einwand an. Er bezeichnet »das Klagelied über den bedrängten Mittelstand« und die hohen Mietausgaben als Unfug. Denn die Volkszählung belege, »dass jeder Einwohner heute fünf Quadratmeter mehr bewohnt als 1990«. Bei dieser Argumentation mit dem Durchschnitt bleiben die grossen Unterschiede ausgeklammert. Dass Kappeler, wie von Lebenslagenkonzepten angeregt, auch das Wohnen in die Analyse einbezieht, ist sinnvoll. Aber hierbei wäre ebenfalls zu berücksichtigen, wie beispielsweise die Verengung öffentlicher Lebensräume (durch den zunehmenden Privatverkehr) die Lebensqualität beeinträchtigt.

Ob sich die Situation bei den unteren Einkommen seit 1999 verbessert, lässt sich mit der Ecoplan-Studie nicht nachweisen. Die Studie ist, wie die vier Autoren (André Müller, Michael Marti, Robert Oleschak, Stephan Osterwald) klar festhalten, »auf die direkten Steuern fokussiert«. Sie vernachlässigt die indirekten Steuern sowie nicht steuerliche Zwangs-

abgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden, die das Haushaltseinkommen reduzieren. Wie das geschieht, kommentiert Markus Schneider in der Weltwoche Nr. 1, 2004: »Gesenkt werden einige wenige direkte Steuern zugunsten derjenigen, die direkte Steuern zahlen. Also der Einkommensstarken. Die ständig steigenden Abgaben und Gebühren dagegen treffen alle. Resultat ist eine Umverteilung von unten nach oben – bei der die Linke fröhlich zuschaut. (...) Der kleine Mann und die kleine Frau bekommen dann die Auswirkungen zu spüren.«

Gehen wir nach der Ecoplan-Studie vom gesamten Haushaltseinkommen (inkl. Transfereinkommen) pro Äquivalenzperson aus, stellen wir bei den untersten 10% zwischen 1990 und 1998 eine Zunahme von 22'016 auf 23'919 Franken beziehungsweise eine Steigerung von 8,6% fest. Die obersten 10% erhöhten sich von 122'110 auf 142'110 Franken respektive um 17%. Ziehen wir vom gesamten Einkommen die Ausgaben für Versicherungen (AHV, IV, ALV, Unfall), Krankenkassenprämien, direkte Bundessteuern, kantonale und kommunale Einkommens- und Vermögenssteuern ab, erhalten wir das verfügbare Einkommen I. Bei diesem zeigt sich zwischen 1990 und 1998 bei den untersten 10% der Einkommen ein Rückgang um 1% von 18'329 auf 18'114 Franken, bei den obersten 10% eine Steigerung von 99'331 auf 114'847 Franken um 15,6%. Ziehen wir noch die Ausgaben für die Pensionskassen, die 3. Säule, Prämien, Übertragungen (an andere Haushalte) und die Miete der Erstwohnung ab, ergibt sich beim verfügbaren Einkommen II im selben Zeitraum bei den untersten 10% ein Rückgang um 15,3% von 14'965 auf 12'682 Franken, bei den obersten 10% eine Steigerung um 12,4% von 82'683 auf 92'932 Franken. Bei den untersten 10% der Einkommen sank also der Anteil am Bruttoeinkommen von 68% (1990) auf 53% (1998), bei den obersten 10% von 67,7 auf 65,1%.

Frage der Wahrnehmung

Was einst als Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung diskutiert wurde, wird heute selten thematisiert. Michael Schefczyk stellt in der NZZ vom 3.12.01 eine Entpolitisierung der Frage fest, nach welchen Regeln gesellschaftlicher Reichtum zu verteilen sei. Auch in der Sozialstrukturforschung verlagert sich der Blick von der vertikalen auf die horizontale Ebene. Die Klassenmodelle des 19. Jahrhunderts unterschieden die Werktätigen noch recht kategorisch vom Bürgertum nach dem Kriterium der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel. Analysen sozialer Klassen und Schichten (Max Weber und Theodor Geiger) definierten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Menschen(gruppen) etwas differenzierter nach äusseren Merk-

malen (Beruf, Qualifikationen, Einkommen, Besitz) sowie nach inneren Dispositionen (Einstellungen). Der Blick galt dabei nach wie vor primär den vertikalen Ungleichheiten. Das änderte sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Seit den 1980er-Jahren beziehen verschiedene Theorien sozialer (Lebens-)Lagen (Stefan Hradil) nebst materiellen Ressourcen das subjektive Wohl (Lebenszufriedenheit) stärker ein. Die horizontalen Ungleichheiten stehen auch bei den Modellen sozialer Milieus im Vordergrund, die sich seit den 1990er-Jahren verbreiten und auf Menschen beziehen, welche sich in der Lebensauffassung und Lebensweise ähneln und quasi subkulturelle Einheiten innerhalb der Gesellschaft bilden. Grosse Bedeutung kommen hierbei der gemeinsamen Wertorientierung und dem Lebensstil zu. Die Lagen- und Milieuanalysen weisen gewiss auf wichtige Differenzierungen hin. Sie laufen aber Gefahr, trotz krasser gesellschaftlicher Gegensätze die Frage sozialer Klassen zu vernachlässigen und eine Entwicklung zu suggerieren, die von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus führe.

Gerhard Schulze kommt in seiner Studie über »Die Erlebnisgesellschaft«³ zum Schluss, dass die Suche nach Glück die Sorge um das materielle Überleben abgelöst hat und die horizontal strukturierten Erlebnismilieus eine immer grössere Bedeutung erlangen. Das erlebnisorientierte Denken ersetzt laut Schulze das produkteorientierte. Beim erlebnisorientierten geht es mehr um den subjektiven Nutzen, beim produkteorientierten um den materiellen. Der Hobbygärtner löst mit seinem Ziergarten die Bäuerin mit ihren Kartoffeln ab. Dem Reich der Notwendigkeit folgt das Reich der Freiheit, der Leistungs- die Personenorientierung, dem Haben das Sein. Der Alltag wird zur Lebensbühne und zur Verlängerung der Innenwelt. Symbolwelten scheinen somit frei wählbar zu sein. Gesellschaft verkommt zur Episode. Nach Pierre Bourdieu beeinflussen hingegen mehr die äusseren Faktoren die Denk- und Handlungsmuster beziehungsweise den Habitus eines Menschen, wobei er die sozialen Klassen nicht einfach ökonomisch herleitet.⁴ Es gibt auch »Die feinen Unterschiede«.⁵ Sie äussern sich über Titel, Kleidung, Sprache, Manieren und den Geschmack. Der Lebensstil ist nicht beliebig. Er folgt dem sozialen Rang, der mitentscheidet, wie man grilliert, den Hausflur gestaltet oder den Tisch deckt. Bourdieu sieht die Bedeutung sozialer Milieus. Er orientiert sich aber auch an der Marx'schen Tradition, nach welcher das Sein das Bewusstsein bestimmt. Schulze hält sich (im Kontext der Individualisierung) indes mehr an Soziologe Ulrich Beck, der die »Reflexive Modernisierung«⁶ unter anderem dadurch kennzeichnet, dass das Bewusstsein das Sein prägt.

Soziale Brisanz

In stark individualisierten Gesellschaften wie der Schweiz wahren viele sozial Benachteiligte nach aussen den Schein, alles sei, wie es sein müsse. Sie strecken sich nach der Decke und geben den Stress weiter, den sie bei der Arbeit, auf der Stellensuche oder auf dem Sozialamt erleben. Das Treten nach unten ist ein bekanntes Muster. Wer sich ohnmächtig fühlt, empfindet das Bessere zuweilen als Bedrohung. Es fordert zum Handeln auf, von dem befürchtet wird, dass es scheitern und weitere Defiziterfahrungen mit sich bringen könnte. Konsumorientierte Verhaltensmuster bieten imaginäre Sicherheiten, wie Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter⁷ beschreibt. Sie stützen die Konformität. Knappheit verstärkt auch die rivalitätsbezogene Sozialisation. Sie ist ein Nährboden für Ressentiments. Ständiger Aktivitätsdruck entspricht dem dominanten Leistungsideal: Was helfen könnte, macht Angst. So halten auch Familien mit niedrigen Einkommen an den Normen der Konkurrenz fest. Sie verteidigen die Vorbilder der Anpassung. Das betrifft auch die über 200'000 Kinder, die in den 250'000 Working-poor-Haushalten leben.

Die Überforderung erhöht die Labilität des Selbstwertes. Der Normkodex, an dem das heranwachsende Kind sein Verhalten misst, übersteigt seine realen Möglichkeiten. Ängste der Eltern übertragen sich. Das stellten wir in der Studie ›Armut im Kanton Basel-Stadt‹⁸ und teilweise auch in der Untersuchung über ›Working poor in der Schweiz‹⁹ fest. Bei den jüngsten Gesprächen mit erwerbstätigen Armen fiel uns indes auf, wie empört viele (erwerbstätige) Arme auf soziale Ungleichheiten reagieren. Sie kritisieren beispielsweise die hohen Managerlöhne und den Mangel an Lehrstellen. Die vorhandene Wut deutet auf eine Veränderung hin. Vielleicht führt sie von der Resignation zum gewerkschaftlichen Engagement? Die verbreitete Verunsicherung kann aber auch die Bereitschaft fördern, zu simplifizieren statt zu differenzieren und Halt bei autoritären, (neo-)populistischen Kreisen zu suchen. Die soziale Ungleichheit verschärft diese Gefahr, der soziale Ausgleich vermindert sie.

Literatur

- Beck, Ulrich, Anthony Giddens, Scott Lash (1996) ›Reflexive Modernisierung‹. Frankfurt/M.
- Bourdieu, Pierre (1997) ›Das Elend der Welt‹. Konstanz.
- Bourdieu, Pierre (1987) ›Die feinen Unterschiede‹. Frankfurt/M.
- Carigiet, Erwin, Ueli Mäder, Jean-Michel Bonvin (2003) ›Wörterbuch der Sozialpolitik‹. Zürich.
- Ecoplan (2004) ›Verteilung des Wohlstands in der Schweiz‹. Bern.
- Geissler, Rainer (2001) ›Facetten der modernen Sozialstruktur‹. In: Victoria Jäggi, Ueli Mäder, Katja Windisch (Hg.) ›Entwicklung, Recht, Sozialer Wandel. Social Strategies, Vol. 35‹. Bern, 537–553.
- Mäder, Ueli (1999) ›Für eine solidarische Gesellschaft‹. Zürich.
- Mäder, Ueli, Elisa Streuli (2002) ›Reichtum in der Schweiz‹. Zürich.
- Kutzner, Stefan, Ueli Mäder, Carlo Knöpfel (2004) ›Working poor in der Schweiz – Wege aus der Sozialhilfe‹. Zürich.
- Mäder, Ueli, Franziska Biedermann, Barbara Fischer, Hector Schmassmann (1991) ›Armut im Kanton Basel-Stadt. Social Strategies, Vol. 23‹. Basel.
- Richter, Horst-Eberhard (2002) ›Das Ende der Egomane‹. Köln.
- Schulze, Gerhard (2000) ›Die Erlebnisgesellschaft‹. Frankfurt/M-New York.
- Wächter, Matthias (2004) ›Für eine solidarische Gesundheitspolitik‹. Bern.

Anmerkungen

- 1 vgl. Ecoplan 2004.
- 2 Damit die Haushalte verschiedener Grösse untereinander vergleichbar sind, weist die Ecoplan-Studie die Einnahmen pro Äquivalenzperson bzw. für einen Ein-Personen-Haushalt aus. Die Umrechnung geschieht mit einer Skala, die davon ausgeht, dass jede zusätzliche Person in einem gemeinsamen Haushalt nicht dieselben Kosten verursacht wie die erste Person.
- 3 vgl. Gerhard Schulze 2004.
- 4 vgl. Pierre Bourdieu 1997.
- 5 vgl. Pierre Bourdieu 1987.
- 6 vgl. Ulrich Beck et al. 1996.
- 7 vgl. Horst-Eberhard Richter 2002.
- 8 vgl. Ueli Mäder et al. 2004.
- 9 vgl. Stefan Kutzer et al. 2004.